

Volk**s**blatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 165

Die Zeitung als politische Waffe

Das Klima in unserem Pressewesen - Ein Gespräch mit Regierungschef Dr. Kieber

Wer die liechtensteinischen Zeitungen in den letzten Monaten verfolgt hat, stellt eine zunehmende Verhärtung des innenpolitischen Klimas fest, welche vor allem durch ein permanentes Trommelfeuer des VU-Pressesorgans «Vaterland» gegen FDP-Politiker und die FDP als Partei verursacht wird. Wir baten Regierungschef Dr. Walter Kieber zu diesem Thema um nachfolgendes Gespräch:

Volks**blatt:** Herr Regierungschef, als höchster Mandatsträger der FDP stehen Sie praktisch seit Amtsantritt im «Liechtensteiner Vaterland» permanent unter Beschuss. Sie werden bei allen möglichen Gelegenheiten angegriffen, beschuldigt und verdächtigt. Warum lassen Sie dies alles über sich ergehen, ohne einmal mit gleicher Münze zurückzuzahlen?

Dr. Kieber: Eine ähnliche Frage haben Sie bereits im März dieses Jahres gestellt, als Sie mich über meine Erfahrungen nach dem ersten Amtsjahr befragten. Ich kann nur wiederholen, was ich damals gesagt habe: als exponierter Politiker ist man nun einmal der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Die Meinungen können in einem demokratischen Staat auseinandergehen. Das muss man respektieren, wenn man sich für das Amt des Regierungschefs zur Verfügung stellt. Man darf sich auch nicht entmutigen lassen, wenn die Kritik des politischen Gegners unsachlich wird. Mit gleicher Münze zurückzahlen, kommt für mich überhaupt nicht in Frage. Ich habe mich von Anfang an für Toleranz zwischen uns Liechtensteinern ausgesprochen und der VU das Angebot eines fairen und sachlichen Wahlkampfes unterbreitet, für einen Wettbewerb der besseren Kräfte und Ideen, ohne Zimperlichkeit in der Kontroverse, aber frei von Verdächtigungen, persönlicher Verunglimpfung und anonymer Verleumdung. An dieses Wort fühle ich mich nach wie vor gebunden.

nente parteipolitische Trommelfeuer des VU-Pressesorgans verursacht wird.

Dr. Kieber: Die Politik wickelt sich auch in Liechtenstein vor allem auf zwei Ebenen ab: in der Regierung und im Parlament. Das Klima in der Regierung ist gut und konstruktiv. Dies sieht der Aussenstehende nicht, weil die Arbeit der Regierung naturgemäss nicht vor den Augen der Öffentlichkeit abläuft. Ich glaube, dass das positive Verhältnis unter den Regierungsmitgliedern für beide Teile spricht, für uns, die die Mehrheit repräsentieren, und für unsere Koalitionspartner, mit denen wir nach dem Wahlausgang vom Februar 1974 die Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes gesucht haben. Meine Regierungskollegen werden bestätigen können, dass wir uns alle stets um einen Konsens bemühen und dass die Fälle, in denen die Meinungen in wichtigen politischen Dingen völlig auseinandergehen, an zwei Händen abzuzählen sind.

Volks**blatt:** Geht es dafür nicht im Landtag von Zeit zu Zeit um so turbulenter zu?

Dr. Kieber: Das scheint mir sehr natürlich zu sein. In der Volksvertretung prallen mitunter die Meinungen härter aufeinander. Hier kann die Koalition schon dann und wann zur Opposition werden. Ich glaube, wir sollten dies im Interesse der demo-

kratischen Meinungsbildung in unserem Lande akzeptieren. Allerdings darf man auch die politischen Streitgespräche im Landtag nicht übertrieben hochspielen. Wer die öffentlichen Landtagssitzungen besucht oder die Protokolle nachliest, kann feststellen, dass die überwiegende Zahl der Abstimmungen im Landtag einhellig sind oder sich Mehrheiten über die Fraktion hinaus bildeten. Ausserdem gibt es eine ganze Reihe von Landtagskommissionen, in denen Abgeordnete beider Parteien beispielhaft im Interesse der Sache zusammenarbeiten.

Volks**blatt:** Sie sagten vorhin, dass sich die Politik in Liechtenstein vor allem auf zwei Ebenen abspiele. Was meinen Sie mit «vor allem»?

Dr. Kieber: Es hat sich in den letzten eininhalb Jahren noch eine dritte Ebene herausgebildet. Ich meine die Presse in unserem Lande und dabei vor allem das Parteiorgan der VU, das offensichtlich immer eindeutiger als strategische Waffe der Union in der politischen Auseinandersetzung benützt wird. Dabei bestreite ich keineswegs die Tatsache, dass das «Vaterland» seine Rolle als Oppositionspresse zu spielen hat. Ich erwarte auch nicht,

Fortsetzung auf S/2



Huldigungsrede 1939

Anachronismus oder Zeugnis?

«Liechtensteinische Gesinnung bleibt ihrer Art treu, daran vermögen auch ein paar Unglückliche nichts zu ändern, die im schweren Sturm der Zeit über Bord gekommen sind und den Boden verloren haben. Gibt es doch im besten Walde Bäume, die schwach gewurzelt sind und im Sturme fallen. Gibt es doch im besten Walde dürres Geäst, das vom Wetter ausgebrochen wird. Mit Stecklingen möchte ich jene Menschen vergleichen, die durch den grossen Umbruch der Zeit aus ihrem Boden gekommen sind. Und es ist Zeit, dass sie wieder Wurzel fassen im Heimatboden, um nicht zu entar-



ten oder zu verderben. Der Liechtensteiner muss ja, wenn er nicht schon verkommen ist, seine Heimat wiederfinden. Eines ist sicher: hält er sich auf diesem Boden nicht, dann ist er im Wesen krankhaft geworden und erst recht nicht fähig, anderswo gedeihen zu können.» Diese Sätze sind der denkwürdigen Huldigungsrede entnommen, die der kürzlich verstorbene Kanonikus Anton Frommelt im Mai 1939 an den heutigen Landesfürsten Franz Josef II. von Liechtenstein richtete. Auszüge der Rede finden Sie auf Seite 9 unserer heutigen Ausgabe. — Manchen Leserinnen und Leser mag es als Anachronismus erscheinen, eine Politikerrede noch einmal zu veröffentlichen, die vor bald 40 Jahren aktuell war und inzwischen vom Laufe der Zeit mehrfach überholt und überrollt wurde. Gleichwohl meinen wir, dass die (aus Leserkreisen gewünschte) Wiederveröffentlichung mehr als eine späte Würdigung des vor kurzem verstorbenen Kanonikus Frommelt sein kann. Haben viele seiner damaligen Äusserungen nicht auch heute noch (oder wieder) ihre Gültigkeit; freilich unter geänderten Vorzeichen und unter anderen Voraussetzungen? Sind sie darüberhinaus nicht auch eines unserer lebendigsten Geschichtszeugnisse, die zu kennen vor allem unsere junge Generation einen Anspruch hat? Könnte ihr durch die Lektüre jener Worte nicht manches verständlicher werden, was sie heute zwar hin und wieder hören, selbst aber nicht mehr bewusst miterlebt hat? — Bitte beurteilen Sie es selbst.

Schöner wohnen
thöny
MÖBEL-CENTER
Schaan 2 44 22

Volksbegehren

Fragen und Antworten

Behauptet die Vaterländische Union nicht zu Recht, dass die FDP das Volksbegehren über die Verankerung des Mehrheitsprinzips nur deshalb unterstützt, weil es ihr darum geht, die Mehrheit zu erhalten? (md.)

Das Volksbegehren fordert, dass immer nur jene Partei die Mehrheit im Landtag haben soll, die auch die Mehrheit der massgeblichen Stimmen aus dem ganzen Lande auf sich vereinigt. Das gilt sowohl für die FDP wie für die VU. An den Wahlkreisen wird nichts verändert. Die FDP unterstützt das Volksbegehren, wie es ihre Schuldigkeit als demokratische Partei ist. Wenn die Union heute gegen das Volksbegehren ist, so rechnet sie mit nichts anderem als mit der Möglichkeit, als Minderheit und unter Missachtung des Wählerwillens an die Macht zu kommen. Denn ob die FDP ihre Mehrheit erhalten kann oder nicht, entscheidet allein der Stimmbürger. Weil seine Entscheidung nicht durch Mängel im Wahlrecht verfälscht werden darf, setzt sich die FDP für das Volksbegehren ein.

Volks**blatt:** Wir erwarten von Ihnen auch nicht, dass Sie in der bekannten «Vaterland»-Art vom Leder ziehen. Was uns aber interessiert, ist Ihre Meinung zur Verhärtung in der politischen Szenerie, die durch das perma-

Ein offenes Wort zur Pressefreiheit

Freiheit verpflichtet. Dieser Grundsatz gilt auch für die Presse. Sie verpflichtet vor allem jene, die unsere Presse gestalten und die vom Recht des geschriebenen Wortes in den Zeitungen Gebrauch machen. Sie verpflichten zu wahrheitsgetreuer Berichterstattung und zu objektiver Information. Es gehört weiter zur Berufsethik des Journalisten oder Redaktors, dass er zu seinem geschriebenen Wort steht und dass er für Geschriebenes die Verantwortung nach aussen übernimmt und zwar sowohl für eigene als auch für Publikationen, Dritter. Diese Grundregeln werden in unserer Presse mit bemerkenswerter Sorgfalt angewendet und eingehalten bis auf eine grosse Ausnahme! Ausgenommen von dieser Grundregel werden nämlich unter Missachtung jeder journalistischen Sorgfalt anonyme Schreiber, die sich hinter dem «Theobald» schon seit langem verbergen. Für sie gilt all das nicht, was bezeichnenderweise für die vielen Verfasser von Leserbriefen als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wird, nämlich dass ihre Einsendungen nicht nur der Wahrheit entsprechen, sondern dass sie auch den gebührenden Anstand beobachten. Im Gegensatz zu ihnen können sich jene anonymen Verfasser in dieser Spalte nach Belieben austoben, sie können Lügen in die Welt setzen, Mitbürger verunglimpfen oder der Lächerlichkeit preisgeben, Verdächtigungen aussprechen usw. Ein Beispiel dieser Art lieferte die Donnerstag-Ausgabe des «Liechtensteiner Vaterland» vom 30. Oktober 1975.

Dass verschiedene Behauptungen unwahr sind, können nicht zuletzt auch die Mitglieder der Union in der Regierung bestätigen. Trotz diesen plumpen Anschuldigungen fehlt seitens der Redaktion das Minimum dessen, was in einem solchen Fall angebracht wäre, nämlich dass sich die verantwortlichen Herren der Redaktion von dieser Publikation in aller Form distanzieren.

Statt dessen wurde an Aufmachung für diese Publikation nicht gespart — damit man sie ja nicht übersehen kann. — Wer zu solchen Missbräuchen der Pressefreiheit weiter schweigt, übersieht, dass durch solche Publikationen, für die niemand die Verantwortung zu übernehmen bereit ist, die politische Atmosphäre in unserem Lande mehr und mehr vergiftet wird, wie zu früheren Zeiten! — Unsere älteren Mitbürger, ob Rot oder Schwarz, wissen noch, wie unheilvoll sich damals anonyme Schreiberereien auswirkten. Wie sie beispielsweise persönliche und familiäre Beziehungen belasteten, Zwietracht und Misstrauen zwischen Bürger säten, die in guten Treuen verschiedene politische Auffassungen vertreten haben. Soll es wieder so weit kommen? — Wenn die Art solcher Journalistik weiter geduldet und gedeckt wird, dann sind wir wirklich auf dem besten Wege dazu. Wenn nicht jeder zu dem stehen muss, was er sagt, sondern auch*was er schreibt, dann wird die politische Atmosphäre weiter vergiftet werden. Gewisse Verhärtungen im politischen Leben sind jetzt schon das Resultat dieser bedenklichen Entwicklung.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es Leute gibt, die bewusst auf eine weitere Verschlechterung des politischen Klimas in unserem Lande hinarbeiten, nachdem man aus Erfahrung weiss, dass sich eine solche Verschlechterung sehr negativ auf das tägliche Zusammenleben unseres Volkes auswirken müsste. Um so mehr haben wir alle die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Grundregeln der Pressefreiheit für jedermann Geltung haben. Erst dann, wenn jeder wieder zu seinem Wort stehen muss, haben wir Gewähr, dass unsere Presse nicht unter ein gewisses Niveau absinkt und dass sie nicht Gefahr läuft, ihre eigentlichen Aufgaben, nämlich der Wahrheit und der objektiven Information zu dienen, erfüllt.
Edwin Nutt

Und wieder bricht
Rheinberger
die Preise!
Rheinberger Discount
/chaan-Trielen-Nendeln
Jeden Freitag Abendverkauf bis 21.00 Uhr